

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellszeile oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorschrift 2.30 M., Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellszeile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkshandlungen entgegen.

Münchener Polizei-Skandal.

Berlin, 4. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Freiheit erfährt aus München: Der Münchener Polizeipräsident Hoehner hat ein Wahlflugblatt der Gewerkschaften verboten. Es ist dies derselbe Hoehner, der den Anführer der Konterrevolution Kellspätle nach Ungarn ausstellte. Die bürgerlichen Parteien haben veranlaßt, daß am 12. Dezember ein Referendum stattfinden soll, daß der Münchener Stadtrat einer Neuwahl zu unterziehen ist. Auf diese Weise soll die sozialistische Kathauswechsellerei in München gestürzt werden. 200 000 Stimmen werden für die Neuwahl benötigt. Damit die Wahl nicht zustande kommt, haben USPD, und SPD, beschlossen, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen. Das Münchener Gewerkschaftsorgan wollte heute ein Flugblatt herausgeben, das die Arbeiterkraft zur Stimmenthaltung auffordert. Das Flugblatt wurde auf Grund des in Bayern immer noch bestehenden Ausnahmezustands zur Genehmigung dem Polizeipräsidenten vorgelegt. Der Polizeipräsident hat das Flugblatt mit der Begründung verboten, daß nichts gegen das Referendum geschrieben werden darf. Es ist dies die unerhörteste Provokation, die sich Herr Hoehner seit Bekleben des Ausnahmezustands erlaubt hat. Die neuerliche Ablehnung der USPD, und SPD, Anträge auf Befreiung des Ausnahmezustands im Landtage hat offenbar dem Münchener Polizeipräsidenten den Rücken gesteuert und er glaubt, mit der Arbeiterkraft umbringen zu können wie es ihm beliebt. Beiden Endes geht keine Absicht dahin, die Arbeiterkraft zu provozieren und eine künstliche Gelegenheit für das Eingreifen der Einwohnerwehr zu schaffen, um deren Unentbehrlichkeit der Exzesse gegenüber nachzuweisen. Die Münchener Arbeiterkraft wird sich diesen unerhörten Eingriffen in die Gemeinbewahlgewerke nicht gefallen lassen. Sie wird dem Polizeipräsidenten die Antwort geben, die er verdient.

Der neukommunistische Parteitag.

Berlin, 4. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Um 2 Uhr eröffnete Däumig den neukommunistischen Parteitag, der nach dem Vorhinein wählte. Stöcker erklärte einen Geschäftsbericht und erhob nochmals Anspruch auf das Recht, daß die Neukommunisten in Halle die alte Partei geschlossen seien. Er kündigte an, daß trotz der gerichtlichen Mißerfolge die vier Mitglieder der Zentrale verurteilt würden, sich auf gerichtlichem Wege in den Besitz einer größeren Anzahl von Provinz-Blättern zu setzen. Nach dem Bericht der Vossischen Zeitung klang die Mitteilung des Rednecks über die Mitgliederzahl, die zu den Neukommunisten übergegangen sei, nicht sehr hoffnungsvoll. Nach seinen Angaben war nur im Hamburger Bezirk, in Württemberg, in der Umgegend von Halle und in Schlesien ein leidlich vollständiger Uebertritt der Anhänger der alten unabhängigen Partei zu den Neukommunisten zu verzeichnen. In fast allen anderen Gebieten sei der Parteiparat, die Parteipresse und die Mitglieder bei den Rechtsunabhängigen geblieben. Es entspricht dem gedämpften Ton dieses Berichts, laut der Vossische Zeitung, daß das Gesamtresultat der jetzt bei den Neukommunisten angefallenen Mitglieder, angeblich 428 000, im Gegensatz zu Mitteilungen auf anderen Parteitagen nicht rauhenden Weisfall auslöst hat, sondern den Delegierten sichtlich Enttäuschung bereitete.

Proteststreik gegen den weißen Terror in Spanien.

Madrid, 3. Dezember. Der Gouverneur von Barcelona ließ gestern 36 verhaftete Syndikalisten nach Mahon (Balearen) bringen. Pressevertretern gegenüber erklärte er, die bisher vorgenommenen Verhaftungen hätten die Terroristen ruhig gemacht. Innerhalb weniger Tage würden weitere Maßnahmen erfolgen, die mit den Intentionen ganz ausruhen würden. Die sehr zuverlässig gehaltenen Erklärungen des Gouverneurs haben anscheinend großen Eindruck hervorgerufen.

Barcelona, 3. Dezember. (WVB.) Der infolge der Ermordung des Abgeordneten Lanza und der Internierung von Gewerkschaftlern in Mahon erklärte Proteststreik nimmt an Ausdehnung zu; er hat auf zahlreiche Industrien, namentlich die Tuch- und Metallindustrie, übergegriffen. Heute morgen war die Protokollführung ausbleibend. Der Zivilgouverneur ergriß entschlossene Maßnahmen zur Verhinderung von Verbrechen, erklärte aber daß er sich den Forderungen der Arbeiter, wenn gesetzmäßige Wege verfolgt würden, nicht entgegenstellen werde.

Sturm im tschecho-slowakischen Parlament.

Prag, 2. Dezember. Nach einer Meldung des tschecho-slowakischen Pressebureaus kam es in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses bei der Beratung über das Budgetkapitel Schulwesen zu erregten Szenen, die mit einem tätlichen Angriff des Abgeordneten Dr. Wbenosky gegen den Abgeordneten der tschecho-slowakischen Volkspartei, Rypar, endeten, so daß der Präsident die Sitzung unterbrechen mußte. Auch nach der Unterbrechung dauerte der Ärger zwischen den Anhängern der Volkspartei und den tschechischen Sozialisten, denen Wbenosky angehört, an, und auch die andern Parteien mischten sich in den Streit ein. Nach Wiedereröffnung der Sitzung ermahnte der Präsident die Abgeordneten, bei ihren Kritiken persönliche Beleidigungen zu

vermeiden. Abgeordneter Dr. Wbenosky wurde für fünf Sitzungen, Abgeordneter Samalik (Volkspartei) für eine Sitzung ausgeschlossen.

Streik der Eisenbahner in Norwegen.

Kopenhagen, 3. Dezember. Wie die Berlingske Tidende meldet, ist die Streiklage in Norwegen unverändert. Das Ergebnis der Beratungen der Führer der Gewerkschaften wird heute veröffentlicht werden. Bisher ist die Zufuhr von Lebensmitteln nach Chelmsland ungefähr normal. Der Verkehr wird überall in besriedigender Weise durch Automobile aufrechterhalten. Die Zahl der verkehrenden Eisenbahnzüge mehrt sich täglich. Diese werden von höheren Eisenbahnbeamten geführt.

Deutschlands Stellung zur Entente-Note über Oberschlesien.

III. Berlin, 3. Dezember. Wie die Neue Berliner Zeitung mitteilt, betrachtet man in parlamentarischen Kreisen die englische Note über Oberschlesien als unannehmbar. Es herrscht die allgemeine Auffassung aller Parteien vor, daß man auf den neuen Vorschlag, die Abstimmung der nicht in Oberschlesien ansässigen Stimmberechtigten im besetzten Gebiet vornehmen zu lassen, nicht eingehen könne und der deutsche Standpunkt in einer Antwort ausdrücklich betont werden müsse. In Anbetracht der Nähe der zur Verfassung stehenden Zeit wird sich, wie die N. B. Z. weiter hört, das Reichskabinett mit der Note scharf befassen, um Beschlüsse auf die zu erteilende Antwort zu fassen.

Der Abgeordnete Freiherr v. Rheinbaben (Deutsche Volkspartei) hat an die Reichsregierung eine Anfrage gerichtet, in der er um bescheidene Antwort bittet, ob die Regierung geneigt sei, die Vorschläge der britischen, französischen und italienischen Regierung über die ober-schlesische Abstimmung abzulehnen und jede andre Abstimmung als erneute Vergewaltigung für Deutschland nicht bindend zu erklären.

Die Alliierten und Griechenland.

Amsterdam, 3. Dezember. Telegrafisch meldet aus London vom 2. Dezember: Nach den heutigen Besprechungen über die griechische Frage wurde folgendes Communiqué ausgegeben: Die alliierten französische und italienische Regierung bezeugen bisher dauernd ihren guten Willen gegenüber dem griechischen Volke und begünstigten die Erfüllung seiner Wünsche. Um so unangenehm er wurden sie berührt durch die letzten Ereignisse in Griechenland. Obwohl sie nicht wünschten, sich um die inneren Angelegenheiten Griechenlands zu bekümmern, hoffen sie sich selbst für verpflichtet öffentlich zu erklären, daß die Rückkehr des Königs, dessen treuliche Handlungswelt während des Krieges den Alliierten große Schwierigkeiten und Verluste verursachte auf den Thron von ihnen nur als die Restitutions dieser feindseligen Handlungswelt durch Griechenland angesehen werden kann. Dieser Schritt würde eine neue und unheilvolle Lage in den Beziehungen zwischen Griechenland und den Alliierten verursachen, und in diesem Falle würden sich die drei Regierungen vollkommene Freiheit für die so schaffende Voce vorbehalten. Einer Neuerung zufolge wurde beschlossen, an Griechenland eine entsprechende Note zu senden.

Eine russische Note an England.

III. London, 3. Dezember. In einer neuen Note verlangt Nichtsklerin von der englischen Regierung eine direkte und deutliche Antwort in der Frage, ob sie in der Gegenwart oder in der nächsten Zukunft das Handelsabkommen abschließen wird und ob England bereit ist in London irgendwelche andre Friedensbesprechungen zu eröffnen. Falls darauf nicht reflektiert wird, habe ein weiteres Verbleiben Krassins in London keinen Sinn mehr.

Was der Ant'bolshewismus die französischen Steuerzahler kostet.

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erfährt, soll Frankreich in das Branagel-Unternehmen nicht weniger als 16 Milliarden Goldmark stecken haben. Ferner soll Frankreich an Polen 40 Milliarden Goldmark vorgeschossen haben. „Und doch bricht alles zusammen,“ ruft die Deutsche Allgemeine Klage aus. Sie kann es nicht verstehen, daß die Macht des russischen Proletariats stärker ist als die französischen Goldmilliarden, und wird es noch weniger begreifen wollen, daß an der Macht des Weltproletariats auch der Weltkapitalismus zerbrechen muß.

Der Proteststreik der Berliner Hotelbesitzer beschlossen.

Berlin, 3. Dezember. Die Berliner Hotelbesitzer haben gestern in einer Versammlung einstimmig beschlossen, den Verband der Hotelbesitzervereine Deutschlands aufzufordern, einen Tag zu bestimmen, an dem sämtliche Berliner Hotels als Protest gegen das Vorgehen der Berliner Polizeibehörde schließen und nicht eher wieder öffnen, bevor die Regierung Abhilfe geschafft habe.

Die kapitalistische „Sozialisierung“.

Der Kapitalismus ist bankrott und tot — es lebe die Weltrevolution und der Kommunismus! So läßt es seit zwei, drei Jahren in einem Teil des Proletariats. Stärker denn je wird heute diese Auffassung propagiert, stützt sich auf diesen zur fixen Idee, zur Glaubensformel gewordenen Grundsatz die kommunistisch-revolutionäre Bewegung, die seit Jahr und Tag unentwegt und beharrlich auf den endgültigen Zusammenbruch des Kapitalismus wartet und dann selbst zur Herrschaft zu gelangen hofft. Es ist angesichts der jüngsten umfassenden und großartigen Konzentrationsbestrebungen in Industrie- und Bankkapital notwendig, auf das Schiefe und Missläure dieser programmatisch-kommunistischen Anschauung hinzuweisen, um so mehr, als auch große Massen des Proletariats dem Wunderglauben der kommunistischen Partei huldigen.

Unbestreitbar ist, daß der Kapitalismus mitten in einer Krise steht, aus der es für ihn kein Entrinnen mehr gibt — einer Krise, die ganz anders geartet ist als die kapitalistischen Krisen der Vorkriegszeit. Der Weltkrieg hat der kapitalistischen Produktion ein gewaltiges Loch geschlagen, dessen Ausfüllung nicht mehr gelingt. Unermessliche Werte wurden zerstört und an deren Stelle Milliarden über Milliarden fiktiver Werte, papierner Werte akkumuliert. Dieser unvereinbare Kontrast ist, mußte nach dem Kriege bethehalten werden, verschärft sich sogar noch in ungeheurerem Maße. Die papierne Akkumulation, die finanzielle Aufblähung greift unaufhaltsam immer weiter um sich, während auf der anderen Seite die tatsächliche Verarmung Platz greift. Die Lebenshaltung der arbeitenden Massen sinkt, der Kapitalismus vermag trotz enormer Akkumulation und großzügigster Konzentration keine wichtigste geschichtliche Aufgabe nicht mehr zu erfüllen: das Konsumbedürfnis der Mehrheit der Gesellschaft zu befriedigen, Ueber diesen klaffenden Widerspruch kommt eine Produktionsweise und Gesellschaftsordnung auf die Dauer nicht hinweg — sie muß daran scheitern früher oder später. Zur Aufrüstung der unehmenden realen Verarmung bei erhöhter Akkumulation fiktiver Werte braucht man nur auf die von Tag zu Tag wachsende Staatsschuld zu verweisen. Diese gigantische Schuldenlast ist ja nur der Maßstab für die auf den Staat abgewälzte Wertzerstörung im Kriege und die Nachausdehnung des großen privaten Kapitals.

Aber so schwer der Krieg den Kapitalismus auch traf — er hat ihn nicht mit einem Schlag niedergestreckt, er hat aber ganz gewiß eine Periode, in der die Abwirtschaffung und Ueberwindung der kapitalistischen Produktionsweise sich vollziehen wird, wobei indes alles abhängt von der ökonomischen Einsicht und dem revolutionären Willen des Proletariats. Aus der objektiven Prüfung der ökonomischen Situation ziehen wir wohl den Schluß, daß der Kapitalismus geschichtlich am Ende seines Latens angelangt ist, aber von hier bis zu seiner Abwandlung und Beseitigung kann es noch eine tüchtige Wegstrecke mit beständig wechselnden Situationen sein. Die Situation wird sich immer dann verändern, wenn entweder von proletarischer oder kapitalistischer Seite der ernste Versuch unternommen wird, der unhaltbaren Lage Herr zu werden. Das Festschalten dieser Tatsache und ihre Aufbarmachung für den proletarischen Klassenkampf ist so unendlich wichtig, von der Ausnutzung jeder Situation für das Proletariat hängt die Dauer des Kampfes gegen den Kapitalismus und der Enderfolg ab.

Von den herrschenden Kreisen des Kapitalismus wird gegenwärtig eine beispiellose Anstrengung gemacht, den unterhöhten und ins Rutschen gekommenen Koloss neu zu verankern und zu stützen. Bürgerlich-kapitalistischen Blättern beginnt es sogar zu dämmern; sie haben erkannt, worum es grundsätzlich geht, sie erblicken in der Konzentration der Montan- und Elektroindustrie, der Zusammenfassung, Organisation und intensiven Anspannung aller Kräfte zu dem Zwecke der Produktionssteigerung die kapitalistische Art der Sozialisierung. In der Tat handelt es sich bei diesen Vorgängen nicht allein um die Fortsetzung allgemeinkapitalistischer Wirtschaftstendenzen, sondern es ist bei den Siemens und Siemens, Thyssen, Stumm und Klöckner der planmäßige Wille vorhanden, die Ueberlegenheit und alleinige Möglichkeit der kapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsordnung zu demonstrieren. Die Zwangsläufigkeit kapitalistischer Wirtschaftsgesetze ist zweifellos von hoher Bedeutung, aber die Besieger und Gebieter der großen Wirtschaftsmonopole arbeiten bewußt und systematisch auf Weiterentwicklung und Profitsteigerung hin. Durch die kapitalistische Presse haben sie freilich verkünden lassen, daß sie mit der Industriekonzentration keineswegs eigenmächtig, sondern nur Allgemeininteressen zu fördern gedenken. Da wird von dem Siemens-Schudert-Konzern sowohl von München wie von Berlin der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß „die wirtschaftliche Notlage unseres Vaterlandes zwingt zu einer strafferen Zusammenfassung von Rohstoff und Fertigfabrikat, daß eine „Konsolidation“